Oktober 2026

WAHLMONITOR iep

Wahlen Serbien

Jelena Pejić Nikić

Serbiens historischer Machtwechsel: Vom Studentenprotest zum Wahlsieg

Am Sonntag, dem 25. Oktober, erlebte Serbien ein wahres Fest der Demokratie. Vor den Wahllokalen bildeten sich lange Schlangen. Viele Menschen legten tausende Kilometer zurück, um in ihrer Heimat oder an den wenigen Auslandswahllokalen abzustimmen. Allein in Deutschland registrierten sich mehr als 20.000 serbische Staatsbürger:innen für die Stimmabgabe an acht Wahllokalen – dreimal so viele wie 2023. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 68,85 Prozent einen Rekordwert.

Vierzehn Jahre lang hatte Aleksandar Vučić Serbien nahezu unangefochten regiert, staatliche Institutionen vereinnahmt, Medien kontrolliert, die Opposition zersplittert und Kritiker:innen eingeschüchtert und verfolgt. Doch die über Jahre gewachsene Protestbewegung, die nach dem 1. November 2024 neuen Auftrieb erhalten hatte, konnte sein Regime nicht mehr aufhalten. Die Studentenliste errang einen deutlichen Wahlsieg.

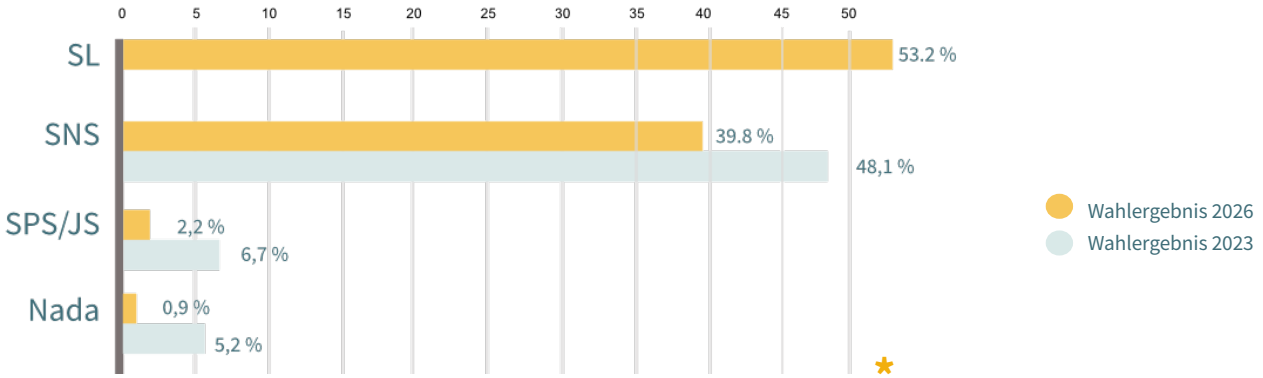
Als Vučić in einer live übertragenen Pressekonferenz seine Niederlage eingestand, herrschte zunächst ungläubiges Staunen. Dann brach Jubel aus. Tausende strömten auf den zentralen Slavija-Platz in Belgrad, auf dem sich bereits mehrfach hunderttausende Unterstützer:innen der Studentenbewegung versammelt hatten.

Noch kurz zuvor hatten regierungsnahe Fernsehsender den Eindruck vermittelt, die Serbische Fortschrittspartei (SNS) liege vorn und steuere auf einen Wahlsieg zu. Gleichzeitig versammelten sich schwarz gekleidete Männer in einem illegalen Zeltlager zwischen Präsidentenpalast und Parlament, unweit der Republikwahlkommission und des Sitzes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks RTS – unter Polizeischutz. Es gab Anzeichen dafür, dass das Regime das Wahlergebnis anfechten und gewaltsame Auseinandersetzungen provozieren könnte. Doch es kam anders. Das als „Ćacilend“ bekannte Camp leerte sich, wurde aufgelöst und schließlich von Bürger:innen geräumt – ein symbolischer Akt der Rückeroberung des öffentlichen Raums und der Rückkehr von Freiheit und Anstand.

Die Studentenbewegung war aus der Empörung über den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November 2024 hervorgegangen, bei dem 16 Menschen starben. Die Tragödie, eine Folge systemischer Korruption, brachte das Fass der Unzufriedenheit zum Überlaufen. Das Regime verweigerte die politische Verantwortung und behinderte die Aufklärung.

Doch selbst als Studierende und Bürger:innen wegen ihrer Schweigeminuten für die Opfer angegriffen und verfolgt wurden, blieben die Proteste friedlich. Die Repression stärkte die Bewegung. Aus Universitätsblockaden und Massenprotesten entstand schließlich eine ernsthafte politische Alternative.

Die Bewegung brach mit traditionellen Mustern: Sie hielt Abstand zur Parteipolitik, verzichtete auf prominente Führungspersönlichkeiten und traf ihre Entscheidungen in studentischen Plena. Zugleich regte sie im ganzen Land die Gründung ähnlich organisierter Bürgerversammlungen an.



Nach vorläufigen Ergebnissen erhielt die Studentenliste 52,73 Prozent der Stimmen und 140 der 250 Parlamentssitze. Die Liste „Aleksandar Vučić – Vereintes Serbien“ kam auf 39,16 Prozent und 104 Mandate. Die übrigen sechs Sitze entfallen auf vier Minderheitenlisten, für die die Drei-Prozent-Hürde nicht gilt.

Mit einem Vorsprung von mehr als einer halben Million Stimmen gewann die Studentenliste offenbar nicht nur bisherige Oppositionswähler:innen, sondern auch Wähler:innen der Regierungsparteien. Vor allem mobilisierte sie Menschen, die sich von der Politik abgewandt oder die Hoffnung auf Veränderung verloren hatten.

Historisch ist das Scheitern der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), einst die Partei Slobodan Miloševićs. Sie verlor gegenüber 2023 fast zwei Drittel der Stimmen und verpasste erstmals den Einzug ins Parlament. Die selbst ernannte „Stabilitätskraft“ und mögliche Königsmacherin wurde zur größten Wahlverliererin. Auch die eigenständig angetretenen Oppositionslisten „Europäisches Serbien“ und „Authentische Rechte“ scheiterten an der Sperrklausel.

Vučić kündigte den Gang seiner Partei in die Opposition an. Ohne Zugang zu staatlichen Ressourcen dürfte die SNS jedoch an Rückhalt verlieren. Auch eine Befreiung der Medien von politischer Kontrolle könnte dazu beitragen, dass die Bevölkerung ein umfassenderes Bild vom Machtmissbrauch der bisherigen Regierung erhält.

Serbien steht nun vor einem grundlegenden Wandel. Die Studentenliste versprach, nicht nur die Regierung auszutauschen, sondern das System zu verändern. Ihr Elf-Punkte-Plan setzt auf Korruptionsbekämpfung, unabhängige Institu-tionen, Lustration, die Einziehung illegal erworbenen Vermögens und Medienreformen. Hinzu kommen die Entpolitisierung des öffentlichen Dienstes, Investitionen in Bildung und Wirtschaft, soziale Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum und eine bessere Gesundheitsversorgung.

Außenpolitik und EU-Integration spielten im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Die Studentenliste sieht Serbiens größte Probleme im Inneren. Ein grundlegender außenpolitischer Kurswechsel ist daher kaum zu erwarten. Enden dürfte jedoch die Praxis undurchsichtiger Absprachen mit ausländischen Partnern. Die neue Regierung könnte EU-Reformen vorantreiben – nicht auf Druck Brüssels, sondern weil die Bürger:innen sie wollen. Allerdings lehnen Vertreter:innen der Studentenliste Sanktionen gegen Russland weiterhin ab. In der Regionalpolitik wird ein konstruktiverer Umgang mit den Nachbarn erwartet.

Zunächst muss die Republikwahlkommission nach Wiederholungswahlen an einigen wenigen Wahlorten das amtliche Endergebnis feststellen. Damit wird spätestens drei Wochen nach der Wahl gerechnet. Danach bleiben 30 Tage zur Konstituierung des Parlaments. Dafür müssen zwei Drittel der Mandate bestätigt werden – ein möglicher Ansatzpunkt für Verzögerungen durch die SNS. Die Studentenliste verfügt zwar über die absolute Mehrheit, ist bei Beschlüssen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, aber auf Stimmen der SNS angewiesen.

Anschließend beginnt die 90-Tage-Frist zur Regierungsbildung. Ob noch vor Jahresende eine neue Regierung ins Amt kommt, ist fraglich. Bis dahin sollen auch Präsidentschaftswahlen stattfinden. Obwohl Vučić Ende September zurücktrat, wurden sie noch nicht ausgeschrieben. Dafür gilt eine Frist bis zum 26. November. Bis zur Wahl eines neuen Staatsoberhaupts führt Parlamentspräsidentin Ana Brnabić kommissarisch die Amtsgeschäfte und muss nach Konsultationen einen Ministerpräsidentenkandidaten mit der Regierungsbildung beauftragen.

Der bevorstehende Wandel braucht Zeit, Geduld und vor allem Kompetenz und Integrität. Auf der Studentenliste stehen Fachleute aus unterschiedlichsten Bereichen, viele von ihnen promoviert und beruflich erfolgreich, jedoch ohne politische Ambitionen oder Erfahrung. Hinter ihnen steht eine breite, hervorragend organisierte Studenten-bewegung, die längst bewiesen hat, wozu sie fähig ist.

Über die Autorin
Jelena Pejić Nikić ist Senior Researcher und Programmmanagerin am Belgrader Zentrum für Sicherheitspolitik sowie Doktorandin an der Fakultät für Politikwissenschaft in Belgrad.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor

Daniel Hegedüs

Redaktion

Jakob Burger

Layout
Julia Winter, Eva-Marie Mall

ISSN: 2941-0088
Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch

Auswärtiges Amt

iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de